

Johannes Boettner

Der Kampf ums Dixi-Klo – Incivilities im öffentlichen Raum und im Agenda-Setting-Prozess der Gemeinwesenarbeit

Zusammenfassung: Der Beitrag berichtet von einem Feldexperiment, das im Rahmen des Stadtteilbüros Datzeberg, einer Lehrpraxis- und Lehrforschungsstelle der Hochschule Neubrandenburg, in Gestalt eines im öffentlichen Raum platzierten Toilettencontainers durchgeführt wurde. Skizziert werden die Prozesse bürgerschaftlicher Kommunikation, aus der die Idee zu dem Experiment hervorgegangen ist, die unterschiedlichen Positionen, die innerhalb der Bürgerschaft vertreten wurden sowie die teils moderierende Rolle der Gemeinwesenarbeit in diesem Zusammenhang. Im Ergebnis zeigt sich eine partizipatorische Alternative zu den eher repressiv exkludierenden Strategien, die den kommunalpolitischen Umgang mit den sogenannten Incivilities nicht selten charakterisieren.

1. Auftakt: Man pinkelt dem Gemeinwesen nicht vors Canapé!

Begreift man, einer Idee Walter Benjamins folgend, Straßen und Plätze als „Wohnraum des Kollektivums“ (1982: 994), dann liegt es in der Logik dieser Analogie, dass einigen Orten eine Bedeutung zufällt, die ungefähr dem entspricht, was man früher einmal die „gute Stube“ genannt hat. Dies impliziert dann nicht nur gewisse Mindestanforderungen an die Qualität des städtebaulichen Interieurs, sondern auch und vor allem solche an das Verhalten der Menschen, die sich an diesen Orten aufhalten: Man pinkelt dem Gemeinwesen nicht vors Canapé!

Der Funktions- und Strukturwandel von öffentlichen Stadträumen im Zuge der wachsenden Mobilität und Mediendurchdringung des Alltagslebens scheint normative Mindestansprüche dieser Art nicht aus der Welt geschaffen zu haben. Zwar werden die Ansprüche nicht immer erfüllt; aber auch die Empörung, die das dann nicht selten hervorruft, belegt die Normativität des öffentlichen Raumes oder jedenfalls herausgehobener Teile davon. Wer im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit als Gemeinwesenarbeiter/in oder Quartiermanager/in im quaternahen Rahmen öffentliche Kommunikation anregt und moderiert, wird unweigerlich mit Klagen konfrontiert, die sowohl den äußeren Zustand des öffentlichen Raumes betreffen als auch das ungebührli-

che Verhalten einiger seiner Dauernutzer: Das „Herumlungern“, der exzessive Alkoholkonsum und nicht zuletzt das damit ursächlich verbundene öffentliche Urinieren der Männer.

In der Literatur wird solches den „verorteten Normen“ (Klamt 2007) des öffentlichen Raumes zuwider laufende Verhalten unter dem Begriff *incivilities* mit physischen Zeichen der Verwahrlosung zusammengefasst und im Kontext von Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsprävention diskutiert (Lewis/Salem 1986; Häfele 2013). Die anstößigen Verhaltensweisen werden dabei nicht als solche, d.h. in ihrer Anstößigkeit, thematisiert, sondern als Indizien für Schlimmeres genommen – mit dem Nebeneffekt, dass die spezifische sozialmoralische Qualität des öffentlichen Raumes weitgehend aus dem Blick gerät.

Freilich ist der öffentliche Raum nicht homogen (Selle 2010). Einige besonders herausgehobene Orte fungieren als Visitenkarte und Aushängeschild der gesamten Stadt, während andere in den peripher gelegenen Wohngebieten nur für die im näheren Umfeld lebenden Menschen mit ihren unterschiedlichen und zum Teil auch gegenläufigen Nutzungsinteressen bedeutsam sind (Dangschat 2011). Hier wie dort finden Auseinandersetzungen darüber statt, was im öffentlichen Raum noch „geht“ und was nicht mehr akzeptabel ist. Während allerdings in den Citylagen gut organisierte und artikulationsstarke Interessengruppen das Spiel bestimmen, bleibt die Auseinandersetzung auf Stadtteilebene, zumal in den sogenannten benachteiligten Vierteln – aus Toleranz oder aus Mangel an bürgerschaftlicher Organisation – nicht selten unerschwellig. Eine auffällige Minderheit wird zwar „schief angeguckt“, viele verspüren Widerwillen, Ärger, starke Ressentiments – aber der Unmut artikuliert sich folgenlos nur im kleinen Kreis. Eine Art Pattsituation. Die einen tun's einfach, die anderen ärgern sich darüber.

Eine konsequente – und das heißt vor allem ergebnisoffene – Bürgerbeteiligung kann hier als eine Art Katalysator wirken, wie im Folgenden an einem Beispiel gezeigt wird. Inhaltlich geht es dabei um einen bürgerschaftlichen Diskurs, der über einen Zeitraum von mehreren Jahren in dem Neubrandenburger Plattenbaugebiet Datzeberg stattfand und als inklusive Problemlösung schließlich eine provisorische öffentliche Toilette hervorbrachte – und zwar in Gestalt eines Toilettencontainers, der (obwohl es sich um das Fabrikat eines anderen Anbieters handelte) allgemein nur *Dixi-Klo* genannt wurde. Ein Gewinn an ästhetischer Qualität war das nicht. Die Banalität und auch Unansehnlichkeit des Gegenstandes stehen jedoch in einem krassen Missverhältnis zur Bedeutsamkeit – um nicht zu sagen: Ansehnlichkeit des Prozesses bürgerschaftlicher Kommunikation, aus dem diese Lösung hervorgegangen ist.

2. Bürgerbeteiligung und Agenda-Setting

Die Episode ereignete sich im Arbeitszusammenhang des Stadtteilbüros Datzeberg, das die Hochschule Neubrandenburg seit 2007 in Kooperation mit den beiden großen lokalen Wohnungsunternehmen in dem gleichnamigen Stadtteil betreibt und das als Lehrpraxis- und Lehrforschungsstelle des Fachbereichs Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung eine doppelte Funktion erfüllt: Den Bewohnern des von Abriss, Rückbau und sozialer Umschichtung betroffenen Stadtteils hilft das Stadtteilbüro ihre auf das Wohngebiet bezogenen Ambitionen, Anliegen und Veränderungsinteressen in der lokalen Arena wirksam zur Geltung zu bringen; den Studierenden bietet es die Chance im praktischen Selbstversuch herauszufinden, wie das geht: Bürgerschaftliches Engagement fördern, niedrigschwellig Bürgerbeteiligung organisieren.¹³

Dieser Aufgabenstellung liegt selbstredend die Annahme zugrunde, dass der Wohnort Themen und Handlungsanlässe liefert, die eine über rein individuelle Privatangelegenheiten hinausgehende Bedeutung haben, d.h. ihrem sachlichen Charakter nach als öffentliche Angelegenheiten (*public issues*) behandelt werden können. Das können im Einzelnen sehr unterschiedliche Dinge sein, darunter auch so vermeintlich private Handlungen wie Trinken und Urinieren, sobald sie im öffentlichen Raum stattfinden. Denn der öffentliche Raum und damit auch alles, was in ihm geschieht, ist schon per definitionem eine öffentliche Angelegenheit.

Fragt sich nur, ob solche potentiell öffentlichen Angelegenheiten auch öffentlich beachtet und zum Gegenstand öffentlicher Kommunikation gemacht werden. Die Frage so stellen heißt, zwei zentrale Sinnkomponenten des Öffentlichkeitsbegriffs zu unterscheiden. Das Attribut *öffentlich* meint ja etwas Verschiedenes, je nachdem ob man es als Gegenbegriff zum Privaten oder zum Geheimen versteht. In dem ersten Fall geht es um einen Unterschied in der Sache (Sachverhalte, die ihrem Charakter und ihrer Bedeutung nach das Gemeinwesen betreffen), in dem anderen Fall geht es vor allem um einen bestimmten Modus der Kommunikation und die freie Verfügbarkeit von Wissen. Beide Sinnkomponenten sind nicht völlig unabhängig voneinander; es gibt zwischen ihnen durchaus eine normative Verknüpfung – die aber regelmäßig missachtet wird und zwar in doppelter Hinsicht: Genauso wie Privates nicht immer (und wie es scheint sogar immer seltener) diskret behandelt wird, obwohl eine überkommene bürgerliche Tugend eben dies fordert, werden Themen, die der Sache nach öffentlichen Angelegenheiten betreffen, keineswegs immer in aller Öffentlichkeit verhandelt, sondern stattdessen recht oft in exklusiven, durch Geheimhaltung limitierten Elitekreisen,

13 Was im Folgenden abstrakt der Einrichtung zugeschrieben wird, ist nicht ausschließlich, aber doch ganz überwiegend das Werk von Tom Liebelt, der dort seit sieben Jahren als hauptamtlicher Gemeinwesenarbeiter tätig ist.

obwohl das demokratische Ideal eigentlich etwas anderes vorsieht (Habermas 1990). Dass eine Regel häufig gebrochen und/oder durch mehr oder weniger überzeugend legitimierte Ausnahmekonstruktionen relativiert wird, nimmt ihr freilich nicht ihren Sinn und ihre Berechtigung.

Betrachtet und vergleicht man vor diesem Hintergrund die Projekte und Einrichtungen, die ihre Tätigkeit als Gemeinwesenarbeit, Quartiermanagement etc. beschreiben, so bietet sich als Unterscheidungskriterium u.a. die Frage an, ob und mit welcher Konsequenz die Projekte und Einrichtungen bestrebt sind, in ihrem jeweiligen Zielgebiet der Basisregel demokratischer Kommunikationsverhältnisse „Was der Sache nach eine öffentliche Angelegenheiten ist, muss auch dem Modus der Kommunikation öffentlich verhandelt werden!“ Geltung zu verschaffen. Damit kommen Prozesse in den Blick, die in der Medien- und Politikforschung unter dem Begriff *Agenda-Setting* (Weaver et al. 2004) thematisiert werden. Wie und von wem wird über die Themen und Anliegen entschieden, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in den Kreis der als vordringlich zu behandelnden *public issues* aufgenommen werden? Politikwissenschaftler stellen diese Frage gewöhnlich nicht mit Blick auf Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung im Stadtteil; ihnen geht es um die Tagesordnung der „großen Politik“. Die Frage stellt sich aber auch im Kleinen.

Als Einrichtung der Hochschule und gesegnet mit einer auskömmlichen Finanzierung durch zwei Wohnungsunternehmen, die das Wagnis eines offenen, nicht durch Vorabfestlegung der zu bearbeitenden Probleme reglementierten Handlungskonzepts eingegangen sind, hat das „Stadtteilbüro Datzeberg“ den notwendigen Handlungsspielraum, um die Bürgerbeteiligung schon mit dem Agenda-Setting-Prozess beginnen zu lassen.¹⁴ Ein einfaches Verfahren, das der Gemeinwesenarbeit hierfür zur Verfügung steht ist die *aktivierende Befragung* (Hinte/Karas 1989, Lüttringhaus/Richers 2003). Dabei handelt es sich im ersten Schritt um eine einfach strukturierte Tür-zu-Tür-Befragung nach dem Schema *Was gefällt ihnen hier? Was stört sie? Was regt sie auf?* Die Befragungsergebnisse werden dann grob zusammengefasst und den Befragten zeitnah in einer Versammlung zur gemeinsamen Auswertung

14 Dieser Spielraum ist in den meisten im Kontext der *Sozialen Stadt* entstandenen Projekten schon aus förderpraktischen Gründen nicht gegeben (Fritsche/Güntner: 2012). Er ist auch im Falle des Stadtteilbüros Datzeberg nicht unbegrenzt. Denn obwohl der Kooperationsvertrag die fachlichen Entscheidungen ganz in die Hand der Hochschule legt, gibt es im praktischen Binnenverhältnis doch insofern eine Begrenzung des Dispositionsspielraum, als Fragen, die das privatrechtliche Mietverhältnis mit einem der beiden Partner betreffen, außerhalb der Zuständigkeit der Stadtteilbüros bleiben. Die Adressaten werden nicht in ihrer Rolle als Mieter sondern als Bürger angesprochen, eine Unterscheidung, die zwar generell eindeutig, im Einzelfall aber nicht immer leicht zu ziehen ist. In diesem Grenzbereich ist dann auch hier immer mit einer an den Interessen der Geldgeber orientierten Neigung zur Themenvermeidung zu rechnen, die in der Literatur als *Non-Decision-Making* beschrieben wird (Bachrach/Baratz 1963).

und weiteren Diskussion vorgelegt. Auf diese Weise wird ein ergebnisoffener Kommunikationsprozess initiiert, der sich vom Einzelgespräch über das Auswertungstreffen bis hin zur großen Bürgerversammlung erweitert und in dessen Verlauf die einbezogenen Bürger sich über jene Anliegen verständigen, die sie im doppelten Sinne *bewegen*: Die sie aufregen und zum gemeinsamen Handeln motivieren. Das heißt nicht, dass diese bürgerschaftlichen Beweggründe immer sehr spektakulär sind. Zumeist geht es um banale, im Grunde vorhersehbare Dinge.

3. Beispiel Datzeberg: Das Problem

Auch die beiden aktivierenden Befragungen, die vom Stadtteilbüro in unterschiedlichen Teilgebieten des Stadtteils durchgeführt wurden, ergaben nur im Detail variierende Themenlisten: Hundekot auf den Straßen, Plätzen und Grünflächen, wilde Müllplätze, parkende LKWs im Wohngebiet, unzureichende Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie schließlich eine Reihe von Beschwerden, für die der um Neutralität bemühte Gemeinwesenarbeiter die sperrige Formulierung „nicht richtiges Verhalten in der Öffentlichkeit“ fand. Bemerkenswerter als die puren Befragungsergebnisse, die sich gewiss so oder so ähnlich auch in den meisten anderen Stadtteilen ergeben würden, ist das Gespräch der Befragten über diese Ergebnisse. Die Frage ist dann nicht mehr allein, was genau stört, sondern inwiefern es stört, wie wichtig die Sache ist, was man zwecks Abhilfe tun kann und ob man sich in diesen Punkten auf eine gemeinsame Sicht verständigen kann. Zur Illustration eine Situation aus einem ersten Auswertungsgespräch, an dem rund dreißig der insgesamt etwa 200 befragten Bürger teilnahmen.¹⁵

Nachdem der Gemeinwesenarbeiter „das nicht richtige Verhalten“ gleichsam mit spitzen Fingern zur Sprache gebracht und die Versammelten um Stellungnahmen gebeten hatte, konzentrierte sich das Gespräch rasch auf die sogenannte *Nettogruppe*, eine Gruppe von Männern mittleren Alters, die sich in der Vergangenheit regelmäßig in der unmittelbaren Nähe des gleichnamigen Supermarktes getroffen und dort stundenlang aufgehalten hatten, große Mengen Alkohol konsumierend. Inzwischen hatte sich der Treffpunkt dieser Gruppe zwar in einen Pavillon verlagert, der im Zuge der Neugestaltung einer durch Abriss entstandenen Freifläche im Zentrum des Stadtteils entstanden war. Der Name war der Gruppe aber geblieben, genauso wie ihr schlechter Ruf. Selbstredend nahm niemand, der zu der Gruppe gehörte oder auch nur Kontakt zu ihr hatte, an dem Auswertungsgespräch teil. Die Gruppe

15 Das Gespräch wurde mit Einwilligung der Teilnehmer/innen zu Lehr- und Forschungszwecken mit Video aufgezeichnet.

war dort nur als Thema zugegen. Und sogar als Thema waren sie umstritten, denn gleich zu Beginn der Aussprache machte jemand darauf aufmerksam, dass es sich hier ja eigentlich gar nicht um etwas stadtteilspezifisches, sondern um ein allgemeines gesellschaftliches Problem handelt. Ein männlicher Teilnehmer warf ein, die Leute säßen doch da nur so rum und würden keinem was tun. Nun schaltete sich eine ältere Frau ein:

„Ja, gut, sie tun keinem was, da kann man vorbeigehen, die pöbeln einen nicht an, nichts. Aber was mich da ganz besonders stört: Man kann vorbeigehen, es steht immer einer in der Ecke und ...tja.“

Sie spricht das Unaussprechliche nicht aus, woraufhin eine andere Frau erläutert und allgemeines Kichern erntet:

„Klar, oben rein und unten raus.“ „Ja, genau“, ergreift nun die erste Sprecherin wieder das Wort, „oben rein und unten raus. Und das ist es, was stört. Das ist... wenn man als Frau da vorbeigeht, es ist ekelhaft, es ist... freilich, man geht dann schon so (sie zeigt, was sie meint, indem sie sich zur Seite wendet), und man dreht sich wirklich um, obwohl man auf einem öffentlichen Weg geht, nicht. Das ist das, was ganz besonders stört. Nicht wenn die da mal sitzen... gut, die sitzen ständig da, ob man nun um acht hingehet oder am Abend, sie sitzen da immer. Aber ich meine, solange sie einen nicht anpöbeln und nichts machen... Aber dieses in den Hecken Urinieren, das ist furchtbar.“

„Aber wie will man das ändern?“ fragte jemand ein bisschen ratlos. Auch die Frau, die das Thema eingebracht hatte, zuckte nun mit den Schultern und griff die Frage auf:

„Ja, wie will man das ändern? Entweder stellt man da irgendwas hin oder man macht eine Baumhecke oder was, aber es geht doch nicht, dass man die da immer so stehen sieht. Also ich weiß nicht, vielleicht... aber so geht es wirklich nicht.“

Es folgte allgemeines Gemurmel, aus dem heraus schließlich eine einzelne Männerstimme vernehmbar wurde. Es handelte sich um ein Mitglied der örtlichen Bürgerinitiative. Der Mann erhob sich und erklärte im mahnenden Tonfall: „Also, ich möchte erst mal grundsätzlich sagen: Wir können es uns natürlich nicht erlauben, wenn wir schon über gesellschaftliche Verhältnisse reden, diese Leute einfach auszuschließen. Das geht auf keinen Fall.“ „Das habe ich auch nicht gemeint“, beteuerte daraufhin sofort die erste Sprecherin. Auch sonst erhob sich kein Widerspruch. Alle hörten andächtig zu, als der Mann fortfuhr:

„Also, wir müssen sie so integrieren, wie sie schon sagen... die gesellschaftlichen Verhältnisse sind nun mal so, es gibt die Bürger, die arbeitslos sind und die kein Geld haben und die morgens die zwei Flaschen Bier zurückbringen, damit sie sich die dritte

Der Kampf ums Dixi-Klo

und vierte holen können, das ist nun mal heute so, und dann müssen wir sie auch integrieren.“

Dieser kurze Wortwechsel verdeutlicht gut: Es wurde ein Anliegen eingebracht, das die Sprecherin sehr zu bewegen schien. Das anstößige Verhalten – Urinieren am falschen Ort – weckte bei ihr derart starke Schamgefühle, dass ihr sogar die Verbalisierung des Sachverhalts zunächst nur in der rhetorischen Form der bedeutungsvollen Auslassung möglich war. Durch die Intervention des Mitglieds der Bürgerinitiative verdoppelten sich darüber hinaus die normativen Bezüge des Gesprächs. Einerseits ging es um die Missachtung von Anstandsnormen, die unter den Anwesenden offenbar unstrittig waren. Gleichzeitig ging es jetzt aber auch um Normen und Werte, die den richtigen Umgang mit Minderheiten betrafen. Auch das Gebot, dass man die Leute nicht ausschließen dürfe (was in dieser Runde niemand explizit gefordert hatte), blieb unwidersprochen. Die erste Sprecherin sah sich sogar veranlasst, den Verdacht, sie könnte es doch so gemeint haben, sofort zurückzuweisen. Die Promptheit dieser Reaktion und zuvor der mahnende Charakter, mit der das Inklusionsgebot gleichsam vorbeugend in die Diskussion eingebracht wurde, legen zwei Folgerungen nahe: Zum einen besaß der Vertreter der Bürgerinitiative in diesem Kreis offenbar die Autorität eines Meinungsführers, der aber – zum anderen – Gründe zu haben schien, der Inklusionsneigung seiner Mitbürger nicht recht zu trauen.¹⁶

Im Effekt wurden durch den zitierten Wortwechsel die Rahmenbedingungen für die weitere Bearbeitung des angesprochenen Problems definiert. Einerseits wurde *Urinieren am falschen Ort* als ernsthaftes und drängendes Problem anerkannt; andererseits war klar, dass die nahe liegende Möglichkeit, das Problem durch Platzverweise oder andere restriktive Maßnahmen mit Vertreibungseffekt zu lösen, von vornherein ausschied.

Dies war der gemeinsame Nenner, auf dessen Grundlage schon im weiteren Verlauf der Versammlung erste Lösungsideen entwickelt wurden. Als sich auf Nachfragen des Gemeinwesenarbeiters herausstellte, dass schon sehr viel über, aber noch nicht mit der *Nettogruppe* geredet worden war, verabredeten sich einige Frauen, gemeinsam zu dem Treffpunkt zu gehen, um den dort versammelten Männern zu erklären, wie abstoßend ihr Verhalten auf sie als Frauen wirke. Die Aktion fand einige Tage später auch tatsächlich statt und hat sogar einen gewissen Erfolg. Einige der angesprochenen Männer war die Sache sichtlich peinlich; sie versprachen Besserung. Die guten Vorsätze wurden aber nicht dauerhaft umgesetzt, was, den Aussagen von Betroffenen zufolge, nicht zuletzt auch physiologische Ursachen hatte. Damit bekam eine

16 Dies verdient auch deshalb festgehalten zu werden, weil sich analoge Konstellationen später wiederholten – etwa bei einer gut besuchten Podiumsdiskussion mit Verantwortlichen der Stadt, die als Konsequenz des Auswertungsgesprächs zustande kam. Auch andere Mitglieder der Bürgerinitiative agierten dann ganz ähnlich und mit ähnlichem Effekt wie der hier zitierte Sprecher.

andere Lösungsidee Auftrieb, die auch vorher schon erwogen, zugunsten der weitaus kostengünstigeren Ermahnungslösung zunächst aber nicht weiter verfolgt worden war: Die Installation einer öffentlichen Toilette.

4. Beispiel Datzeberg: Die Lösung

Wenn man mit Moral nicht weiterkommt, dann hilft manchmal Technik, in diesem Fall Sanitärtechnik. Leider liegt die Zeit, da öffentliche Toiletten ganz selbstverständlich zur infrastrukturellen Ausstattung des öffentlichen Raumes gehörten, schon länger zurück. Soweit sie nicht ersatzlos verschwunden sind, wurden sie zumeist durch Bezahloiletten ersetzt, was im vorliegenden Fall gewiss keine realistische Lösung darstellte. Es war zwar durchaus möglich, dass die Nettoteile mit Rücksicht auf die Gefühle der Passanten bereit sein würden, ihr Geschäft in einem schlichten Pissoire zu erledigen; ganz sicher aber würden sie für diese Rücksichtnahme keine 50 Cent bezahlen. Folglich schied die Barzahlungsvariante aus. Stattdessen musste etwas geschaffen werden, was heute so selten geworden ist wie öffentliche Telefonzellen, nur nicht so überflüssig: Eine frei zugängliche und kostenlos benutzbare Toilette.

Eine öffentliche Toilette an einem Ort ohne jeden touristischen Wert, bedeutsam allenfalls für die lokale Bevölkerung? Erwartungsgemäß traf der Vorschlag auf wenig Gegenliebe, als er an Verwaltung und Kommunalpolitik herangetragen wurde. Überraschend war eher schon die Art, wie die Ablehnung begründet wurde. Anders als erwartet ging es dabei nicht allein um die Kosten bzw. Folgekosten. Diese wurden zwar genannt – genauso wie bestimmte technische Probleme und gesetzliche Bestimmungen, etwa der Zwang ein Handwaschbecken vorzuhalten. Auch das intrakommunale Gleichheitsprinzip wurde ins Feld geführt, verbunden mit dem Hinweis auf die städtische Hierarchie der Orte, die eine solche Einrichtung, wenn überhaupt, dann aber gewiss nicht in einem marginalen Wohngebiet wie dem Datzeberg, sondern allenfalls im Stadtzentrum oder an der Seepromenade rechtfertigen würde. Neben diesen mehr oder weniger sachbezogenen Argumenten spielte aber, gerade bei den Erstreaktionen, noch etwas anderes mit, wie sich beispielhaft an einer Gesprächssequenz zeigen lässt. Sie ist aus einer Verhandlungsrunde entnommen, an der neben engagierten Bürgern, die sich für die Toilettenlösung stark machen wollten, auch Vertreter der für Planung, Genehmigung und Betrieb einer solchen Einrichtung zuständigen Verwaltungsstellen teilnahmen. Die Sequenz setzt ein, nachdem einige von Studierenden des Studiengangs Landschaftsarchitektur entwickelten Ideen für Low-Budget-Lösungen vorgestellt worden waren, die städtischen Fachleute ihre

Der Kampf ums Dixi-Klo

Bedenken dagegen gehalten hatten und ein Moment der Stille eingetreten war.¹⁷

Gemeinwesenarbeiter (an die Fachleute gewandt): „Ja, ehm ... haben sie eine Idee, vielleicht?“

Planer: „Ja, dass die Leute auf ihre eigenen Toiletten gehen, nämlich da, wo sie wohnen. Denn das sind Datzeberger.“

Gemeinwesenarbeiter: „Okay, das ist keine neue Idee...“

Planer: „Ne, aber, wie ich finde, eine bestechende Idee, weil das macht jeder normale Mensch, der irgendwo meint, er muss in der Öffentlichkeit was trinken, das ist heutzutage nichts Außergewöhnliches... so, und dann suche ich mir entweder ein öffentliches Klo, und wenn es das nicht gibt, dann muss ich nach Hause gehen. Und hier ist es so: Die Leute wohnen auf dem Datzeberg.“

In dieser am Konzept des normalen Menschen orientierten Sicht, macht es in der Tat wenig Sinn, das kritisierte Fehlverhalten durch besondere Aufwendungen auch noch zu belohnen. Die Befürworter der Toilettenlösung reagierten darauf nun mit zwei Argumenten. Zum einen betonten sie, dass es hier überwiegend um Alkoholranke gehe, die nach Auskunft von Fachleuten schon aus rein körperlichen Gründen die gestellte Forderung nicht erfüllen könnten. Zum anderen machten sie klar, dass es gar nicht in erster Linie darum ging, etwas für die Nettogruppe zu tun. Es seien ja nicht die Männer, die mit der bisherigen Praxis ein Problem hätten, sondern die Passanten, denen der Anblick urinierender Männer erspart werden sollte. Bei dem Versuch diese Konstruktion des Problems der Diskussion zugrunde zu legen, agierten sie recht erfolgreich mit verteilten Rollen: Die Frauen unter ihnen ließen erkennen, dass sie durchaus in eigener Sache argumentierten, wenn sie das öffentlichen Urinieren als ein Problem für die normalen Bürger darstellten, das aus Rücksicht auf ihre Schamgefühle dringend beendet werden müsse. Niemand mochte ihnen da widersprechen. Andere machten sich insofern zu Fürsprechern der Nettogruppe, als sie, wie zuvor in der Bürgerversammlung, strikt alle auf Exklusion hinauslaufenden Problemlösungen zurückwiesen. Auch dem mochte niemand offen widersprechen.

So endete die Diskussion mit den zuständigen Fachleuten der Stadt zwar nicht mit einem vollen Erfolg, aber doch immerhin mit in einer Art Vergleich. Die Planer versicherten individuell guten Willens zu sein und den engagierten Bürgern nach Kräften helfen zu wollen. Auch wenn sie in ihrer behördlichen Rolle den Wunsch nach einer öffentlichen Toilette nicht erfüllen könnten, so wollten sie den Bürgern doch keine Steine in den Weg legen,

17 Das Gespräch wurde mit Einwilligung der Teilnehmer/innen zu Lehr- und Forschungszwecken mit Video aufgezeichnet.

falls eine für die Stadt kostenneutrale Lösung, zum Beispiel durch Sponsoring, gefunden würde.

Da sich ein Bürger des Datzebergs schon vor einiger Zeit bereit erklärt hatte, einen Toiletten-Container als vorübergehende Notlösung zu sponsern, beschlossen die um den Gemeinwesenarbeiter versammelten Bürger, die zugesagte Kooperationsbereitschaft sogleich für die Realisierung einer Übergangslösung mittels Container-Toilette in Anspruch zu nehmen.

Weil die Vertreter der Kommune das Projekt zwar nicht behindern, es aber auch nicht selbst betreiben wollten, fiel die Rolle des Betreibers dieser halböffentlichen Sanitäreinrichtung für die Dauer eines halbjährlichen Probestraufs dem Stadtteilbüro und damit faktisch der Hochschule zu. Somit war die Hochschule Neubrandenburg von September 2012 bis März 2013 die wohl weltweit einzige Institution ihrer Art, die über eine Außentoilette in einem Plattenbauwohngebiet verfügte. Der teils amüsiert, teils pikiert reagierenden Öffentlichkeit wurde das Projekt als Forschungstoilette vorgestellt – durchaus zutreffend, denn es sollte ja tatsächlich erprobt werden, ob eine solche Lösung von den unterschiedlichen Nutzergruppen des Platzes akzeptiert würde oder ob sich die im Vorfeld geäußerten Bedenken (Zerstörung, Verschmutzung, Nichtbenutzung) bewahrheiten würden. Ergänzend zu den sporadischen Besuchen des Gemeinwesenarbeiters wurden daher in einem annähernd wöchentlichen Rhythmus die Vorgänge auf dem Platz teilnehmend beobachtet sowie Einzel- und Gruppengespräche mit der Nettogruppe, mit anderen Nutzergruppen und mit sonstigen Passanten geführt.

Gleich in den ersten Wochen wurde der Container zweimal über Nacht umgeworfen. Danach konnten jedoch keine weiteren aggressiven Akte dieser Art mehr festgestellt werden, was möglicherweise (auch) ein Nebeneffekt der forcierten Kommunikation zum Thema war. Jedenfalls lassen die vorliegenden 74 Gesprächsprotokolle recht deutlich eine im Zeitverlauf wachsende Akzeptanz dieser Problemlösung erkennen.¹⁸

Während das Projekt zunächst, ähnlich wie auch schon im Gespräch mit den städtischen Fachleuten, nicht selten als ein unverdientes Geschenk an die Nettogruppe interpretiert wurde, und auch Leute, die ihm prinzipiell wohlwollend gegenüber standen, Zweifel an der Benutzung, Benutzbarkeit und Überlebenschancen der Einrichtung äußerten, hellte sich im weiteren Verlauf das Bild auf. Offenbar entging den Gesprächspartnern nicht, dass das Gros der befürchteten Ereignisse nicht eintrat. Die Toilette wurde benutzt. Sie wurde nicht zerstört und sie blieb, obwohl sie nur einmal pro Woche gereinigt wurde, in einem (auch für die Initiatoren) überraschend benutzbaren

18 Die Gespräche waren methodisch als leitfadengestützte Interviews angelegt und wurden nach der Aufstellung des *Dixi-Klos* von Julia Kittendorf und Anne Henning am Ort des Geschehens durchgeführt. Sie nahmen regelmäßig den Charakter von relativ offenen, „eropenischen“ (Girtler 2001: 147ff.) Gruppengesprächen an, was im Sinne eines ethnographisch orientierten Forschungsverständnisses auch durchaus erwünscht war.

Zustand. So ergab sich in der Gesamtbilanz ein deutliches Übergewicht von 60 Gesprächen, in denen die positiven Stellungnahmen dominierten. Da keine urinierenden Männer mehr zu sehen seien und auch der Gestank nachgelassen habe, sei der Weg, so die Auffassung der allermeisten Passanten, jetzt für sie wieder zwanglos begehbar – für sie und vor allem auch für die Kinder, die nach Ansicht vieler Eltern durch den Anblick urinierender Männer besonders belastet und/oder geschädigt würden.¹⁹

Selbstverständlich entging den Leuten nicht, dass der Container nicht gerade zur Verschönerung des Platzes beitrug, die meisten Gesprächspartner waren aber, als die von vielen befürchtete Beschädigung und Verschmutzung ausblieb, bereit, die Unansehnlichkeit des Objektes zumindest vorübergehend hinzunehmen. Das war nur in den Gesprächen mit radikalen Gegnern der Gruppe anders. Hier war der Toiletten-Container bloß ein weiteres Element der Verschandelung des Platzes durch die Nettogruppe, die aber selbst der eigentliche Schandfleck sei, den es aus dem öffentlichen Raum zu entfernen gelte. Zwar wurde offen für diese Exklusionslösung nur in 11 Gesprächen plädiert; dieser geringe Anteil könnte freilich auch der Tatsache geschuldet sein, dass die Studierenden, die die Gespräche führten, dem Stadtteilbüro und damit dem Initiator der Toilettenlösung zugerechnet wurden. Dies mag – in Verbindung mit dem Einfluss der oben eben erwähnten lokalen Meinungsführer – die Neigung, offen Radikallösungen zu vertreten, gedämpft haben.

Immerhin war die Dämpfung aber sogar für die Mitglieder der *Nettogruppe* spürbar. Denn auch in den Gesprächen, die am Treffpunkt der Gruppe stattfanden, wurde eine positive Veränderung des allgemeinen Meinungsklimas konstatiert. Das sei überhaupt der größte Nutzen des Projektes: Die Leute würden sich jetzt nicht mehr so über sie aufregen.

Indes gehört der Betrieb öffentlicher Toiletten bekannter Maßen nicht zu den Regelaufgaben einer Hochschule. Der Versuch wurde also beendet, die durchweg positiven Erfahrungen wurden ausgewertet und der lokalen Öffentlichkeit im Rahmen eines Stadtteilfestes vorgestellt. Die Presse berichtete. Ein Versuch von Mitgliedern der Nettogruppe, den Container aus eigenen Mitteln weiter zu finanzieren, wurde unternommen, scheiterte dann aber etwas kläglich an alternativen Verwendungsmöglichkeiten für das eingesammelte Geld. Auch die Bürgerinitiative nahm sich erneut der Sache an und beantragte in der Stadtvertretung eine Kostenübernahme durch die Stadt – überraschender Weise mit einem Teilerfolg. Der OB ließ umgehend mitteilen, dass die Stadt mit Rücksicht auf den positiv verlaufenen Versuch nunmehr bereit sei, für den Rest des Jahres die Kosten einer erneuten Anmietung des Toiletten-Containers zu übernehmen und während dieser Zeit eine dauer-

19 Leider lässt sich aus den Gesprächsprotokollen und auch aus dem vorhandenen Videomaterial von Bürgerversammlungen nicht sicher erschließen, an welche Art von Gefährdung dabei genau gedacht wurde.

hafte Lösung zu erarbeiten. Das *Dixi-Klo vom Datzeberg* kehrte nach einer Interimszeit von drei Monaten an seinen alten Platz zurück.

5. Fazit

Gewiss, in Anbetracht von Armut und sozialer Polarisierung in den Städten kann man sich relevantere Themen vorstellen als die Belästigung durch öffentliches Urinieren; auch ist Krummachers (2007) These nicht von der Hand zu weisen, dass der im Zeichen von Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit geführte kommunalpolitische Kampf gegen *Incivilities* dazu tendiert, die Bekämpfung sozialer Probleme durch die Bekämpfung ihrer Opfer und deren Vertreibung aus dem öffentlichen Raum zu ersetzen. Der Punkt ist nur – es war im vorliegenden Fall nicht so.

Dass es hier anders war, ist zu einem Gutteil einem überschaubaren Kreis von Aktivbürgern zu verdanken, die das Inklusionsgebot auch im Umgang mit einer „(unbeliebten) Minderheit“ (ebd.: 56) hochhielten. Anders als bei einem von Schmitt (2004) in Chemnitz untersuchten Beispiel, taten sie das aber nicht rein operativ mittels einer strategischen Ausgrenzung unpassender Positionen im Sinne einer gleichsam bürgerschaftlichen Variante paternalistischer Geheimpolitik, sondern indem sie ihren Einfluss als lokale Meinungsführer im öffentlichen Austausch mit dem ebenfalls als legitim anerkannten Anliegen, auf dem Platz bestimmte Anstandsnormen zu wahren, zur Geltung brachten. Das Ergebnis war ein bemerkenswerter und bemerkenswert konstruktiver Aushandlungsprozess. Deshalb – als Symbol dieses Aushandelns – ist das Dixi-Klo vom Datzeberg zuletzt doch noch ein schönes Objekt.

Literatur

Bachrach, Peter; Baratz, Morton S. (1963): Decisions and Nondecisions: An Analytical Framework, in: American Political Science Review, 57, S. 632-642.

Benjamin, Walter (1982): Gesammelte Schriften, Bd.V2. Das Passagen-Werk. Frankfurt/M.

Dangschat, Jens S. (2011): Partizipation, Integration und öffentlicher Raum. eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2011 vom 12.12. 2011.

Fritsche, Miriam; Güntner, Simon (2012): Partizipation ohne Teilhabe. Fallstricke der Beteiligungsarbeit in der Umsetzung von Förderprogrammen zur Quartiersentwicklung, in: standpunkt: sozial 1+2, S. 58-67.

Girtler, Roland (2001): Methoden der Feldforschung. Wien, Köln, Weimar.

Der Kampf ums Dixi-Klo

- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.
- Häfele, Joachim (2013): Die Stadt, das Fremde und die Furcht vor Kriminalität. Wiesbaden: Springer.
- Hinte, Wolfgang; Karas, Fritz (1989): Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit: Eine Einführung für Ausbildung und Praxis. Neuwied/Frankfurt a.M: Luchterhand.
- Klamt, Martin (2007): Verortete Normen. Öffentliche Räume, Normen, Kontrolle und Verhalten. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knoblauch, Hubert (2001): Fokussierte Ethnographie, in: sozialersinn, 1/2001, S. 123-141.
- Krummacher, Michael (2007): Sicher – Sauber – Schön. Die ‚Soziale Stadt‘ im Sozialstaatumbau, in: Fischer-Krapohl, Ivonne; Waltz, Viktoria (Hg.): Raum und Migration. Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen. Dortmund Reihe zur Raumplanung 128. Dortmund: Informationskreis für Raumplanung, S. 51-66.
- Lewis, Dan A.; Salem, Greta W. (1986): Fear of Crime. Incivility and the Production of a Social Problem. New Brunswick: Transaction Books.
- Lüttringhaus, Maria; Richers, Hille (2003): Handbuch Aktivierende Befragung. Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Schmitt, Jürgen (2004): „Wer plant hier für wen...?“ Feldforschung in der Interaktionsgemeinde eines ostdeutschen Prozesses der Stadtteilarbeit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Selle, Klaus (2010): Stadträume in Spannungsfeldern: Untersuchungsperspektiven. Neue Blicke auf Plätze, Parks und Promenaden, in: Berding, Ulrich; Havemann, Antje; Pegels, Juliane; Perenthaler, Bettina (Hg.) Stadträume in Spannungsfeldern. Plätze, Parks, und Promenaden im Schnittbereich öffentlicher und privater Aktivitäten. Detmold: Dorothea Rohn, S. 23-45.
- Weaver, David; McCombs, Maxwell; Shaw, Donald L. (2004): Agenda-Setting Research: Issues, Attributes, and Influences, in: Kaid, Lynda Lee (ed.): Handbook of Political Communication Research. Mahwah, New Jersey, London: Routledge, pp. 257-282.